



Medienmitteilung

Zürich, 12. November 2021

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 15. November 2021

Fokusthemen: **Finanzen und Justiz**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag zu Beginn der Morgensitzung ein neues Mitglied in die GL und als Ersatz für den verstorbenen Ruedi Lais SP-Kantonsrätin Sylvie Matter zur zweiten Vizepräsidentin wählen. Nach der Genehmigung von zwei Krediten im schriftlichen Verfahren ([4704](#) und [5752](#)) stehen zwei Schlussabstimmungen zu Finanzgeschäften an. Anschliessend wird der Rat über die Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende sowie weitere Geschäfte, welche die Finanzdirektion betreffen, beraten. Bereits in der WAK sehr umstritten war die Abschreibung eines Postulats, mit dem die Abschaffung des Eigenmietwerts angeregt wurde. In der Nachmittagssitzung stehen nach der Genehmigung der Wahl eines KSW-Spitalratsmitglieds die zweiten Lesungen des Bürgerrechtsgesetzes, des Gesetzes über die BVSG sowie je einer Gesetzesvorlage zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 und zum Abbau von Hürden beim Öffentlichkeitsprinzip an. In der verbleibenden Zeit wird sich der Rat parlamentarischen Initiativen widmen.

Wahl zweites Vizepräsidium des Kantonsrates

Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt dem Kantonsrat die Zürcher SP-Kantonsrätin Sylvie Matter zur Wahl ins Vizepräsidium des Kantonsrates vor (KR-Nr. 383/2021). Die 40-jährige Gymnasiallehrerin soll Ruedi Lais ersetzen, der Anfang Oktober im Amt verstorben ist. Damit wird das Präsidium neu aus Kantonsratspräsident Benno Scherrer (GLP, Uster), der ersten Vizepräsidentin Esther Guyer (Grüne, Zürich) und der zweiten Vizepräsidentin Sylvie Matter bestehen. Die Zürcher Sozialdemokratin wird aller Voraussicht nach nach der nächsten Kantonsratswahl das Präsidium für das Amtsjahr 2023/2024 übernehmen. Neu in die Geschäftsleitung des Rates gewählt werden soll zudem die 27-jährige Opfiker SP-Kantonsrätin Qëndresa Hoxha-Sadriu (KR-Nr. 382/2021). Sie wird die Funktion von Sylvie Matter im Kantonsratssekretariat übernehmen. Der Wahlvorschlag der IFK ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Schlussabstimmung zu Controlling und Kantonalbankgesetz

Keine langen Debatten sind zu den zweiten Lesungen von Änderungen des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung ([5616](#)) und des Kantonalbankgesetzes ([5631](#)) zu erwarten. In der zweiten Lesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, dass beim Controlling auf den ersten der beiden finanziellen Zwischenberichte verzichtet werden soll. Und die rund 22 Millionen Franken, die von der Zürcher Kantonalbank (ZKB) jedes Jahr als Gegenleistung für die Staatsgarantie an den Kanton fliessen, sollen nicht mehr in einem Fonds gesammelt und angelegt werden, sondern direkt in den Staatshaushalt fliessen und dort zum Schuldenabbau beitragen.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Einstimmigkeit bei Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende

Einen gewissen Raum einnehmen dürfte die Debatte zur Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende, obschon die Geschäftsleitung des Kantonsrates (GL) den Antrag an den Kantonsrat einstimmig verabschiedet hat ([5694](#)). Die Gesamtsumme von 100 Millionen

Franken soll je hälftig für die Finanzierung von Ausgaben infolge der Corona-Pandemie und für Projekte eingesetzt werden, die der Bevölkerung zugutezukommen.

Kantonsratsvizepräsidentin: Esther Guyer (Grüne, Zürich), 079 699 13 45

Änderung der Personalverordnung soll genehmigt werden

Unumstritten war in der vorberatenden Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) die Änderung der Personalverordnung (PVO) ([5667](#)). Mit dem einstimmigen Antrag, diese zu genehmigen, ist sie dem Antrag des Regierungsrates gefolgt. Bei der beantragten Änderung handelt es sich um die Festlegung genereller Anerkennungsvoraussetzungen für ständige Verhandlungspartner gemäss § 47 Abs. 2 Personalgesetz, um die Regelung des Zutritts der ständigen Verhandlungspartner zu kantonalen Verwaltungsgebäuden beziehungsweise zum Personal sowie um sprachliche Anpassungen der PVO.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Abschreibung oder Sistierung eines Postulats zur Wohneigentumsbesteuerung

Im August 2018 hat der Kantonsrat ein dringliches Postulat von SVP-Kantonsrat Martin Hübscher an den Regierungsrat überwiesen, mit dem dieser forderte, dass sich der Regierungsrat auf Bundesebene für die Abschaffung des Eigenmietwertes einsetzen soll. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat nun mit 8:7 Stimmen, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben ([5562](#)). Für die Kommissionsmehrheit hat der Regierungsrat den Auftrag erfüllt. Zudem liegt seit kurzem ein Entwurf für ein Bundesgesetz vor, worüber die eidgenössischen Räte voraussichtlich in der Sommersession 2022 die Schlussabstimmung durchführen werden. Die Kommissionsminderheit aus SVP und FDP stellt den Antrag, die bestehende Sistierung des Geschäfts aufrechtzuerhalten. Angesichts der Unsicherheiten beim Beratungsverlauf zum Bundesgesetz sei es wichtig, dass sich der Regierungsrat weiterhin beim Bund für die Interessen des Kantons Zürich einsetze. Es sei daher zu früh, das Postulat abzuschreiben.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Minderheit: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Vermögenssteuersätze sollen nicht reduziert werden

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) hat Altkantonsrat Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich) eine Reduktion der Vermögenssteuersätze im Kanton Zürich gefordert. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 3 Stimmen, die parlamentarische Initiative abzulehnen ([KR-Nr. 339/2017](#)). Die Steuergesetzänderung würde hauptsächlich Steuerpflichtigen mit hohen und sehr hohen Vermögen zugutekommen und wäre mit Steuerausfällen für den Kanton und die Gemeinden von je rund 120 bis 170 Millionen Franken verbunden. Solche Ertragsausfälle sind nach Ansicht der Kommissionsmehrheit im Hinblick auf die gegenwärtigen finanziellen Herausforderungen nicht zumutbar. Hinzu kommt, dass im Jahr 2011 eine Senkung der Vermögenssteuer gleich zweimal an der Urne abgelehnt wurde. Eine Minderheit der Kommission (FDP) stimmt der parlamentarischen Initiative zu. Sie ist der Meinung, dass der Kanton damit seine Position im interkantonalen Steuerwettbewerb, insbesondere bei Vermögen von über einer Million Franken, verbessern und seine Standortattraktivität erhöhen könnte. Eine andere Kommissionsminderheit (SVP) stimmt der von ihr geänderten parlamentarischen Initiative zu. Diese käme vor allem dem Mittelstand zugute, wodurch der Kanton Zürich in diesem Segment einen Spitzenplatz im interkantonalen Steuerwettbewerb einnehmen würde. Mit 10 zu 4 Stimmen lehnt die WAK auch die geänderte PI ab.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Minderheit FDP: Martin Farner (FDP, Stammheim), 079 470 09 84

Minderheit SVP: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Neues Mitglied im KSW-Spitalrat nach vorzeitigem Rücktritt

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wird sich der Kantonsrat mit dem Spitalrat des Kantonsspitals Winterthur (KSW) beschäftigen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt einstimmig die Genehmigung der Wahl von Michèle Schmid als Spitalrats-Mitglied per 1. Januar 2022 ([5738](#)). Die Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2019-2023 wird nötig, weil Barbara Brühwiler, Mitglied des KSW-Spitalrates und dessen Vizepräsidentin, vorzeitig zurücktritt.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

Abschluss der Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes

Nachdem der Kantonsrat Anfang Oktober die Beratung zum neuen Bürgerrechtsgesetz (KBüG) fertig beraten hat, steht am Montagnachmittag die zweite Lesung mit Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO) und anschliessender Schlussabstimmung an ([5630](#)). Auf eine Verschärfung der Einbürgerungs-Kriterien wurde verzichtet. Verschärfungen sind nur bei straffälligen, ausländischen Jugendlichen vorgesehen. Sie sollen neu eine Frist abwarten müssen, bis sie sich einbürgern lassen können. Gemeinsam mit dem KBüG hat der Kantonsrat vier parlamentarische Initiativen betreffend Erhöhung Wohnsitzfristen ([KR 190/2018](#)), Erhöhung wirtschaftlicher Selbstbehalt ([KR 193/2018](#)), Erhöhung von Ordnung und Sicherheit ([KR 194/2018](#)) sowie schnellere Integration für junge Erwachsene ([KR 382/2018](#)) aus dem Jahr 2018 beraten. Deren Anliegen sind bei der Totalrevision des KBüG aufgenommen worden, weshalb die STGK mit jeweils 15 zu 0 Stimmen die Ablehnung der vier Initiativen beantragt.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Schlussabstimmungen zu Stimmrechtsalter 16 und Öffentlichkeitsprinzip

Definitiv beschlossen wird der Kantonsrat am Montagnachmittag voraussichtlich über zwei weitere Vorlagen, die er vor rund einem Monat in erster Lesung beraten hat. Das Stimm- und Wahlrecht soll im Kanton Zürich von 18 auf 16 Jahre gesenkt werden ([KR-Nr. 70/2018](#)), und öffentliche Stellen sollen für die Einsicht in Akten nur noch dann Geld verlangen dürfen, wenn der Aufwand unverhältnismässig gross ist ([KR-Nr. 101/2018](#)). Ebenfalls in zweiter Lesung beraten wird eine Änderung des Gesetzes über die Stiftungsaufsicht ([5646](#)). Kommunale Stiftungen sollen künftig nicht mehr von der jeweiligen Gemeinde, sondern grundsätzlich von der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) beaufsichtigt werden. Weil das Geschäft in der ersten Lesung besonders umstritten war, hat FDP-Kantonsrat Hans-Peter Brunner diese Woche als Kompromissvorschlag einen Abänderungs-Antrag eingereicht. Stimmt der Rat diesem zu, wird eine dritte Lesung nötig. Lehnt der Rat den Antrag ab, wird es am Montag auch zu diesem Geschäft eine Schlussabstimmung geben.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Abänderungs-Antrag: Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen), 079 207 27 81

Parlamentarische Initiativen zu Fleischimport, Landesverweise und Pendlerabzüge

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat ein paar der zahlreichen parlamentarischen Initiativen auf der Traktandenliste behandeln. Dabei geht es vorerst lediglich darum, zu ermitteln, ob die Initiativen von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt werden. Ist dies der Fall, werden sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung. SVP-Kantonsrätin Nina Fehr Düsel will, dass der Kanton Zürich mit einer Standesinitiative die Bundesversammlung auffordert, dafür zu sorgen, dass ausländisches Fleisch aus mehrtägigen Tiertransporten mit Herkunftsland und Verarbeitungsland zu deklarieren ist und Zollbeschränkungen auferlegt werden ([KR-Nr. 145/2021](#)). SVP-

Kantonsrätin Maria Rita Marty fordert, dass der Kanton Zürich beim Bund eine Standesinitiative einreichen soll, mit der die Härtefallklausel in Bezug auf Landesverweise bei bestimmten Verbrechen ausgeschlossen wird ([KR-Nr. 153/2021](#)). Und GLP-Kantonsrat Michael Zeugin verlangt mit Unterstützung von SP und Grünen eine Senkung der Pendlerabzüge ([KR-Nr. 186/2021](#)).

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), 079 508 76 40
Maria Rita Marty (SVP, Volketswil), 044 421 36 36
Michael Zeugin, (GLP, Winterthur), 079 962 32 75

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Benno Scherrer, Kantonsratspräsident, 077 445 44 49
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12